



Fachbereich/Eigenbetrieb Umwelt und Klimaschutz

Verfasser/in Staub-Abt, Britta

Vorlage Nr. 203/2020

Datum 27.10.2020

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Öffentlichkeit	Sitzung am	Ergebnis
Hauptausschuss	öffentlich-Beschluss	12.11.2020	
Gemeinderat	öffentlich-Beschluss	19.11.2020	

Betreff:

Antrag Mobilitätsprämie

Anreiz für umweltfreundliche Mobilität - Verzicht aufs eigene Auto

Anlagen:

Antrag der SPD – Fraktion: Mobilitätsprämie

Beschlussvorschlag:

Aufgrund der anzunehmenden und sich verschlechternden Haushaltssituation wird dem Antrag nicht stattgegeben.

Personelle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen:

Produktgruppe (ErgHH) oder Investitionsauftrag:	bis Jahr	Wirtschafts-/ HH-Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	spätere Jahre	Gesamt
							Summe
	€	€	€	€	€	€	€
Ausgaben insgesamt:							
davon geplant / bereitg.:							
davon nicht geplant:							
Einnahmen insgesamt:							
davon geplant / bereitg.:							
davon nicht geplant :							
Saldo (Eigenanteil):							
davon geplant / bereitg.:							
davon nicht geplant :							
ggf. laufende Folgekosten (jährlich):							

Lörrach gestalten. Gemeinsam. Das Leitbild der Bürgerschaft in Politik und Verwaltung. Prioritäre Maßnahmen:

1. Strategisches Ziel:
2. Ziel aus dem Leitbild der Bürgerschaft:
Lörrach entwickelt sich bis 2050 zur klimaneutralen Stadt. Daran wirken Bürgerschaft, Wirtschaft und Verwaltung mit (25) Lörrach setzt auf generationengerechte und nachhaltige Haushaltsführung. Die Verschuldung wird schrittweise und nachprüfbar reduziert (82) Lörrach orientiert sich bei einer Neuverschuldung an strengen Kriterien und sorgt für eine schnelle Rückzahlung der Mittel (83)
3. Operatives Ziel:
4. Leitziel der Verwaltung:
5. Prioritäre Maßnahme:

Begründung:

Die SPD-Fraktion hat am 1.10.2020 folgenden Antrag gestellt:

1. Einwohner der Stadt Lörrach, die ihren Pkw mit Verbrennungsmotor abmelden und sich für 36 Monate verpflichten keinen eigenen Pkw für ihren Haushalt anzuschaffen, erhalten wahlweise einen Zuschuss zum Erwerb des "MeinRVL – Jahresabo" in Höhe von 500 €, einen Zuschuss zur Car-Sharing-Anmeldung und Nutzung in Höhe von 500 €, einen Zuschuss zum Kauf eines E-Bikes, E-Lastenrads oder E-Lastenanhängers in Höhe von bis zu 500 €.

2. Einen angemessenen Betrag (Vorschlag 5.000 €) für die Mobilitätsprämien im kommenden Haushaltsplan zu berücksichtigen.

Dass auch die Mobilität einen Beitrag bei den Bemühungen, den Klimawandel zu begrenzen, leisten muss, ist unstrittig.

Diese Aufgabe obliegt aus Sicht der Verwaltung bei der Thematik Kraftfahrzeugverkehr vor allem beim Bund. Allein dort sind durch gesetzliche Regelungen größere und nachhaltige Effekte zu erwarten. Beim Einsatz von 5.000 € können bei einer Prämie von maximal 500 € ca. zehn Antragsteller berücksichtigt werden.

Außerdem müsste, regelmäßig kontrolliert werden, ob die Verpflichtung 36 Monate kein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor im Haushalt anzuschaffen, eingehalten ist oder ob nicht zuvor bereits ein zusätzliches Fahrzeug angemeldet wurde. Ein Fahrzeug kann jedoch auf verschiedene Personen im Haushalt oder ggf. sogar darüber hinaus angemeldet werden. Nicht nur dies, sondern auch, dass diese Daten nicht bei der Stadt, sondern im Landratsamt vorliegen, erzeugt einen hohen Verwaltungsaufwand in beiden Behörden. Ob die Stadt überhaupt einen Anspruch hat diese Daten zu erhalten, wäre noch gesondert zu prüfen.

Auch aufgrund der zu erwartenden Mitnahmeeffekte ist dies ein nicht verhältnismäßiger Mitteleinsatz.

Der Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr oder den Radverkehr hängt aus unserer Sicht viel stärker vom Angebot bzw. den begleitenden Rahmenbedingungen z.B. Infrastruktur ab. Das lässt sich aus der Erfolgsgeschichte der Regio-S-Bahn und dem Modal Split für den Radverkehr klar ablesen. An dieser Stelle sei das Ein-Euro-Ticket erwähnt, an dessen Finanzierung sich die Stadt Lörrach maßgeblich beteiligt mit den Zielen, den ÖPNV für alle zugänglich zu machen, den ÖPNV zu stärken und somit den motorisierten Individualverkehr zurück zu drängen.

Hinzu kommt, dass die Stadt Lörrach für die nächsten Jahre schwierige Haushaltssituationen erkennt. Daher ist eine Konzentration auf das notwendige und das Effektive/Effiziente eine Notwendigkeit. Der eingeschlagene Weg den Fußgänger- und Radverkehr, sowie den ÖPNV zu stärken, ist nach Ansicht der Stadt die effizientere Lösung.

Wir schlagen daher vor, den Antrag nicht weiter zu verfolgen.

Britta Staub-Abt
Fachbereichsleiterin
Umwelt und Klimaschutz

Peter Kleinmagd
Fachbereichsleiter
Finanzen